



WAS JETZT #WELTWEITWICHTIG IST

Erwartungen an die Parteien
zur Bundestagswahl 2021

INHALT

Vorwort: Was jetzt #weltweitwichtig ist	3
Höchste Zeit zu handeln – Plädoyer für eine nachhaltige Politik, die ALLE mitnimmt	5
Unsere Erwartungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2021	9
1. Die Agenda 2030 bildet den Leitfaden für das gesamte politische Handeln.....	10
2. Weniger Ungleichheit in und zwischen Gesellschaften.....	11
3. Gesundheit und Ernährungssicherung werden weltweit gestärkt.....	13
4. Die Klimakrise und ihre Folgen werden eingedämmt.....	14
5. Wirtschaft und Handel orientieren sich am Gemeinwohl und an ökologischer Nachhaltigkeit.....	15
6. Die sozial-ökologische Transformation erhält alle nötigen finanziellen Mittel.....	16
7. Frieden und Konfliktprävention werden gestärkt.....	17
8. Menschenrechte und zivilgesellschaftliche Organisationen werden geachtet und geschützt.....	18
9. Die Humanitäre Hilfe wird ausgebaut.....	19
10. Die entwicklungspolitische Inlands- und Bildungsarbeit wird gestärkt.....	20
Impressum	21
Unsere Mitglieder	22



**# WELT
WEIT
WICHTIG**

Uns ist nicht egal, was in anderen Teilen der Welt passiert! Bis zur Bundestagswahl zeigen VENRO und seine Mitgliedsorganisationen sowie zahlreiche Unterstützer_innen, was #weltweitwichtig ist. Machen Sie mit und informieren Sie sich über alle Aktivitäten und Inhalte auf www.weltweitwichtig.de.



VORWORT: WAS JETZT #WELTWEITWICHTIG IST



Am 26. September 2021 wird der 20. Deutsche Bundestag gewählt. Gesellschaft, Politik und Wirtschaft sind nach über einem Jahr Corona-Pandemie weiterhin mit Herausforderungen konfrontiert, für die es keine einfachen Lösungen gibt: Wie können möglichst viele Menschen in kurzer Zeit geimpft werden? Wie schützen wir alte und pflegebedürftige Menschen? Wie wirkt sich die Schließung von Kindergärten und Schulen auf die junge Generation aus? Was bedeuten Alltagsbeschränkungen für die Geschlechtergerechtigkeit? Wer hat Anspruch auf staatliche Hilfgelder? Wie schaffen wir einen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft? Überlastet die hohe Neuverschuldung die öffentlichen Haushalte? Driftet unsere Gesellschaft auseinander? Droht uns schon die nächste Pandemie? →

Diese Fragen sind nicht nur bei uns in Deutschland, sondern weltweit wichtig: Überall leiden Menschen unter gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Corona-Folgen. In den ärmsten Ländern sind die Auswirkungen besonders drastisch, denn sie vervielfachen bestehende Probleme und Notlagen. Die Ungleichheit in und zwischen unseren Gesellschaften ist deutlich gestiegen. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind zusätzlich mehr als 130 Millionen Menschen von akutem Hunger bedroht. Viele Millionen Menschen haben keine sicheren Lebensgrundlagen und bekommen keine Sozialleistungen. Beschäftigte im informellen Sektor sind durch Einkommensverluste von Armut und wirtschaftlicher und sozialer Ausgrenzung betroffen. Viele Millionen Menschen haben keinen Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung und zu Medikamenten gegen HIV und Aids, Malaria oder Tuberkulose. Mehr Frauen und Mädchen sind Gewalt schutzlos ausgeliefert. Kinder und Jugendliche verlieren Bildungschancen, die sie im Laufe ihres Lebens kaum mehr aufholen werden. Andere vulnerable Gruppen wie Ältere oder Menschen mit Behinderungen werden weiter an den Rand gedrängt. In vielen Ländern geraten Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit unter Druck.

Die Corona-Pandemie zeigt unmissverständlich, dass sich globale Krisen nicht einzelstaatlich bewältigen lassen. Nur eine entschlossene weltweite Zusammenarbeit, etwa bei der gerechten Verteilung von Impfstoffen, kann fortlaufende Ansteckungen verhindern. Echte Solidarität bedeutet jedoch, dass wir auf alle Verteilungsfragen, die Übernutzung natürlicher Ressourcen und den Klimawandel endlich als globale Gemeinschaft antworten und nicht einfach zur bisherigen „Normalität“ zurückkehren.

Wie beenden wir Armut und Hunger? Wie bekommen alle Menschen medizinische Grundversorgung und alle Kinder eine angemessene Bildung? Wie können Frauen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft gleichberechtigt mitbestimmen? Wie kann Reichtum gerechter verteilt werden? Welche Mittel finden wir gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus? Wie beschleunigen wir die Energiewende? Wie stoppen wir den Klimawandel, die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Ausbeutung von Mensch und Natur? Wie schaffen wir eine friedliche und lebenswerte Welt für alle Menschen?

Mit der Agenda 2030 und ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung sowie dem Pariser Klimaabkommen haben sich alle 193 UN-Mitgliedsstaaten auf die wichtigsten Grundlagen für eine nachhaltige und sozial gerechte Welt geeinigt. Die Umsetzung muss nunmehr genauso energisch angegangen werden wie die Eindämmung der Corona-Pandemie. Die gesamte deutsche Politik muss dazu beitragen und sich in Deutschland, auf europäischer und internationaler Ebene dafür stark machen.

VENRO, seine 140 Mitgliedsorganisationen und Partner_innen in aller Welt engagieren sich jeden Tag für mehr Nachhaltigkeit, Solidarität und globale Gerechtigkeit. Zur Bundestagswahl 2021 fordern wir die Parteien, die zukünftigen Abgeordneten und die neue Bundesregierung daher auf, ihre Prioritäten darauf zu richten, was jetzt weltweit wichtig ist: eine nachhaltige Politik, die alle mitnimmt!



HÖCHSTE ZEIT ZU HANDELN – PLÄDOYER FÜR EINE NACHHALTIGE POLITIK, DIE ALLE MITNIMMT



Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Brennglas für gesellschaftliche Missstände. Sie lässt sie hervortreten und verschärft sie, aber ihre Ursachen liegen tiefer. Wenn alle Menschen und künftige Generationen in Würde und innerhalb planetarischer Grenzen zusammenleben sollen, müssen wir unsere vorherrschenden Konzepte von Wachstum und Wohlstand rasch ändern.



Die Corona-Pandemie lässt Missstände hervortreten, deren Ursachen tiefer liegen

Schon vor Corona war für sehr viele Menschen auf der Welt „die Krise“ der Normalzustand. Zwar hat sich während der Pandemie die Zahl derjenigen deutlich erhöht, die existenziell von Hunger bedroht sind oder an Mangelernährung leiden. Aber bereits 2019 hungerten weltweit 690 Millionen Menschen. Schon vor Corona gab es Erkrankungen, für die es keine Behandlung gibt, da sie in vor allem ärmeren Ländern auftreten. Weltweit müssen fast zwei Milliarden Menschen solch vernachlässigte Krankheiten, die insbesondere ärmere Menschen treffen, ohne Aussicht auf Besserung erdulden, weil sie kaum erforscht und für sie keine Impfstoffe, Medikamente und Diagnostika entwickelt werden. In Deutschland gerieten unter anderem die skandalösen Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie in den Fokus. Diese sind jedoch seit Jahren bekannt; ebenso wurden ausbeuterische Arbeitsverhältnisse in globalen Lieferketten durch unzählige Berichte und Studien nachgewiesen. Auch die Kluft zwischen Arm und Reich, die bereits vor der Pandemie unerträglich groß war, nimmt weiter zu. Die Aufzählung solcher Missstände ließe sich endlos fortsetzen.

Die Klimakrise wartet nicht, bis wir andere Probleme gelöst haben

Die globale Klimakrise hat keine Pandemie-Pause eingelegt. Im Gegenteil: Sie ist für viele Menschen zu einer spürbaren Bedrohung geworden. Brennende Wälder, zu heiße und zu trockene Sommer in Europa und der tauende Eisschild Grönlands haben uns auch im Sommer der Pandemie vor Augen geführt, dass die Klimakrise nicht warten wird, bis wir andere Probleme gelöst haben. Und die globalen Krisen sind eng miteinander verbunden. Hitzewellen, Dürren und steigende Temperaturen trocknen Böden und Felder aus, Bodenerosion und Wüstenbildung

sind die Folge. Doch Armut und Hunger können nur wirksam reduziert werden, wenn die landwirtschaftlichen Erträge trotz Klimawandel stabil bleiben. Auch die aktuelle Pandemie ist keine isolierte Gesundheitskrise, denn das Virus konnte nur deshalb so leicht auf den Menschen überspringen und sich weltweit verbreiten, weil die Zerstörung von Ökosystemen – verstärkt durch den Klimawandel und globale Lieferketten – dafür Tür und Tor geöffnet hat. Damit Krankheitserreger nicht vermehrt von Wildtieren auf Menschen überspringen und Pandemien auslösen, brauchen wir deshalb vor allem intakte Ökosysteme und nachhaltige Formen des Wirtschaftens.

Seit 2010 hat sich die Zahl der Menschen auf der Flucht verdoppelt

Das Thema Migration, das bei der vorherigen Bundestagswahl noch bestimmend war, ist inzwischen in den Hintergrund gedrängt worden. Dabei war die Zahl der Menschen, die weltweit vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, noch nie so hoch wie heute. Seit 2010 hat sich die Zahl der Menschen auf der Flucht verdoppelt. Mitte 2020 lag sie bei über 80 Millionen – mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung. 85 Prozent der Geflüchteten leben in Entwicklungsländern. Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge hat die Zurückweisungen an den Außengrenzen der EU, die Aushöhlung des Asylrechts und die Zunahme an Abschiebungen zurecht wiederholt verurteilt. Die Hochrüstung der Grenzschutzbehörde Frontex und die immer engere Verknüpfung von Entwicklungs-, Migrations- und Sicherheitspolitik militarisieren die EU-Außenpolitik und stellen die europäischen Werte in Frage.

Nachhaltige Entwicklung kann es nur geben, wenn niemand davon ausgeschlossen wird

Es ist also in vielerlei Hinsicht höchste Zeit für einen Wandel. Die Staats- und Regierungsspitzen

haben 2015 mit der Agenda 2030 und ihren Nachhaltigkeitszielen einen gemeinsamen Weg in eine nachhaltige Welt skizziert. Auch das Pariser Klimaabkommen, mit dem die Menschheit einem lebensbedrohlichen Klimawandel entgegenwirken will, stammt aus demselben Jahr. Diese Vereinbarungen müssen weltweit endlich zum verbindlichen Handlungsrahmen der Politik werden – auch in Deutschland. Die neu gewählte Bundesregierung hat alle Möglichkeiten, eine nachhaltige Entwicklung bei uns und international deutlich voranzubringen. Deutschland hat das höchste Bruttoinlandsprodukt Europas und das vierthöchste der Welt. Diese wirtschaftliche Kraft und der damit verbundene politische Einfluss müssen für eine lebenswerte Welt eingesetzt werden. Nachhaltige Entwicklung kann es nur geben, wenn niemand davon ausgeschlossen wird. Dies ist ein Gebot der Menschlichkeit, aber auch eine Überlebensfrage für die gesamte Menschheit.

Ebenso wie die Corona-Pandemie nur weltweit besiegt werden kann, sind andere globale Krisen nur in globaler Solidarität zu bewältigen. Für Politik, Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft in Deutschland heißt das: Wir müssen jetzt umdenken und entschieden handeln, damit wir nachhaltiger leben und wirtschaften und die Ausbeutung von Mensch und Natur bei uns und in anderen Teilen der Erde stoppen! Wertschöpfung und Handel müssen dauerhaft alle Menschen besserstellen – nicht nur manche auf Kosten vieler. Veraltete Geschäftsmodelle, die die Klimakrise befeuern, Menschenrechte verletzen oder Sozial- und Umweltstandards unterlaufen, dürfen nicht länger geduldet oder gar gefördert werden. Der Beschluss, ein Lieferkettengesetz auf nationaler Ebene einzuführen, ist ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn die gesetzlichen Regelungen noch Lücken aufweisen. In der kommenden Legislaturperiode gilt es, das Gesetz umzusetzen, nachzubessern und europäische Regelungen zu unterstützen. Mit den immensen Investitionen aus deutschen und europäischen Finanzierungsinstrumenten zur wirtschaftlichen

Erholung nach der Corona-Krise muss der soziale und ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft vorangebracht werden. Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit hat dabei die wichtige Funktion, die Strategien für eine globale ökologische und soziale Transformation in der Bevölkerung bekannt zu machen und zu einer aktiven Beteiligung zu motivieren.

Die Bundesregierung muss Solidarität mit den Menschen im globalen Süden zeigen

Weltweit sind zusätzliche Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Gleichstellung der Geschlechter, soziale Sicherung und Ernährungssicherheit sowie Klima- und Umweltschutz notwendig. Sie können zum Beispiel finanziert werden durch eine gerechte Besteuerung von transnationalen Konzernen, Finanztransaktionen und großen Kapitalvermögen sowie effiziente Maßnahmen gegen Korruption und Steuerflucht. Die Bundesregierung muss hierfür international abgestimmte Initiativen unterstützen. Auch die bisherigen Maßnahmen und finanziellen Ressourcen zur Eindämmung des Klimawandels reichen bei weitem nicht aus. Die zukünftige Bundesregierung muss in Sachen Emissionsminderung, Energiewende oder klimafreundlicher Landwirtschaft viel schneller vorankommen. Sie muss zugleich mehr Solidarität mit den am stärksten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffenen Menschen im globalen Süden zeigen, indem sie dort deutlich mehr Geld für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel bereitstellt und Schäden und Verluste finanziell ausgleicht. Damit ärmere Länder überlebenswichtige Ausgaben für Ernährung, Gesundheit und soziale Sicherung tätigen können, braucht es einen spürbaren Schuldenerlass. Deutschland muss dies nachdrücklich unterstützen und selbst deutlich mehr Mittel aufwenden, um Armut und Hunger zu beenden. In der kommenden Legislaturperiode werden verlässliche Zahlungen für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit

dringend gebraucht, die nicht unter das Niveau des Bundeshaushalts 2021 sinken dürfen und mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens ausmachen müssen.

Frieden ist eine wesentliche Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung

Noch ist eine friedliche und solidarische Welt eine Zukunftsvision. Die Realität vieler Menschen sieht dramatisch schlechter aus. Die Vereinten Nationen schätzen, dass 2021 rund 40 Prozent mehr Menschen als im Vorjahr humanitäre Hilfe benötigen. Die Bundesregierung muss ihre kurzfristig zur Verfügung gestellten Beiträge verstetigen, damit Hilfsmaßnahmen besser planbar und schneller umsetzbar sind. Vor allem lokale Akteur_innen in Kriegsgebieten und Regionen mit vielen Geflüchteten brauchen Unterstützung. Ihre Arbeit ist auch ein Beitrag zu Krisenprävention und mittel- und langfristiger Friedensförderung. Der Schutz und die Teilhabe von Frauen und Mädchen an der Bewältigung und Verhütung von Konflikten ist dabei von großer Bedeutung. Frieden ist eine entscheidende Voraussetzung für nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung. Die neue Bundesregierung muss sich klar für eine kohärente Friedenspolitik einsetzen und sie finanziell, personell und strukturell ausbauen. Statt auf eine weitere Militarisierung der Außenpolitik zu setzen, braucht es zivile Expert_innen für Frieden und Konflikttransformation. In eklatantem Widerspruch dazu stehen die weiterhin umfangreichen deutschen Rüstungsexporte. Die künftige Bundesregierung muss diesen offenkundigen Widerspruch durch ein striktes Rüstungsexportkontrollgesetz beenden und Rüstungsexporte in Länder mit bewaffneten Konflikten oder massiven Menschenrechtsverletzungen ausschließen.

Die Organisationen der Zivilgesellschaft leisten unverzichtbare Beiträge

Nachhaltige Entwicklung und gerechte Globalisierung lassen sich nur in und mit demokratischen Gesellschaften erreichen. Freies zivilgesellschaftliches Engagement ist wesentlicher Teil davon und schafft zugleich wichtige Voraussetzungen für lebendige Demokratie und globale Solidarität. Die deutschen entwicklungspolitischen Organisationen der Zivilgesellschaft leisten dazu im Inland und international unverzichtbare Beiträge. Die Bundesregierung muss diesen Einsatz kontinuierlich unterstützen und ihre Förderung weiter ausbauen. Nicht überall wird zivilgesellschaftliches Engagement jedoch wertgeschätzt. In vielen Ländern der Welt werden Menschen, die für ein demokratisches, friedliches, gerechtes und nachhaltiges Gemeinwesen eintreten, in ihrer Arbeit behindert und bedroht. Gesetze, staatliche Notverordnungen, Repressionen und willkürliche Gewalt haben zivilgesellschaftliche Handlungsräume weltweit immer weiter eingeschränkt. Auch in Deutschland gibt es Beispiele dafür, wie politisch aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen die Arbeit erschwert wird, etwa durch die Aberkennung ihrer Gemeinnützigkeit. Die Bundesregierung muss sich innen-, außen- und entwicklungspolitisch für eine freie Betätigung zivilgesellschaftlicher Organisationen einsetzen und die Menschenrechte von Aktivist_innen schützen.

Es ist höchste Zeit zu handeln!

Der Übergang in eine nachhaltige Zukunft ist keine Option, sondern ein Muss. In den kommenden Jahren brauchen wir eine Bundesregierung, die den Weg dorthin aktiv gestaltet und entsprechend des Leitbildes der Agenda 2030 dafür Sorge trägt, dass wir „Niemanden zurücklassen“.



UNSERE ERWARTUNGEN AN DIE PARTEIEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021



In den kommenden vier Jahren müssen wir gewaltige Fortschritte machen, um zukünftig in einer gerechten und nachhaltigen Welt leben zu können. Die Agenda 2030 weist uns den Weg. Die nachfolgenden konkreten Maßnahmen müssen von der neuen Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden.



1. DIE AGENDA 2030 BILDET DEN LEITFADEN FÜR DAS GESAMTE POLITISCHE HANDELN

Die Agenda 2030 ist der Rahmen für das gesamte Regierungshandeln und wird ressortübergreifend kohärent und orientiert an menschenrechtlichen Standards umgesetzt.

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wird globaler ausgerichtet und um dafür geeignete Indikatoren erweitert.

Alle Bundesministerien erhalten verbindliche Vorgaben zur Umsetzung der Agenda 2030 und der Nachhaltigkeitsstrategie. Die Bundesregierung erstellt dazu einen jährlichen Kohärenzbericht. Die spezifischen Maßnahmen werden regelmäßig im Bundestag und in anderen öffentlichen Foren diskutiert und von der Zivilgesellschaft kommentiert.

Für alle Bundesgesetze wird eine verpflichtende Folgenabschätzung durchgeführt, der ambitionierte Nachhaltigkeitskriterien zugrunde liegen.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung wird zum Ausschuss aufgewertet.

Alle Ressourcen des Bundeshaushalts werden geschlechtergerecht verteilt.

WELT
WEIT
WICHTIG

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird konsequent daran ausgerichtet, die weltweite Ungleichheit zu verringern und den Grundsatz „Niemanden zurücklassen“ einzuhalten.

Die Bundesregierung setzt sich in der bilateralen Zusammenarbeit und in multilateralen Foren für den uneingeschränkten Schutz der Menschenrechte von Migrant_innen und Geflüchteten ein.

Die Bundesregierung erarbeitet einen detaillierten und kohärenten Umsetzungsplan für den Globalen Pakt für Migration, damit die Chancen von Migration für die Betroffenen und ihre Herkunfts- und Aufnahmeländer besser genutzt werden.

Die entwicklungspolitischen Maßnahmen Deutschlands in den Bereichen universelle Gesundheitsversorgung, soziale Sicherung und Grundbildung werden ausgebaut.

Inklusion wird als wesentlicher Bestandteil systematisch und verbindlich in Strukturen und Arbeitsprozesse der deutschen Entwicklungszusammenarbeit integriert.

Die Bundesregierung erstellt einen umfassenden entwicklungspolitischen Gender Aktionsplan, der Indikatoren, Meilensteine, Finanzierungszusagen, einen Überprüfungsmechanismus zur Erfolgsmessung sowie konkrete Vorgaben für ein umfassendes zivilgesellschaftliches Monitoring enthält.

Die Bundesregierung setzt sich in der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit aktiv dafür ein, dass die Ziele der 4. Weltfrauenkonferenz und der Pekinger Aktionsplattform sowie der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung und des Kairoer Aktionsprogramms so schnell wie möglich umgesetzt werden.

2. WENIGER UNGLEICHHEIT IN UND ZWISCHEN GESELLSCHAFTEN



85 Prozent der entwicklungspolitischen Maßnahmen Deutschlands müssen als Haupt- oder Nebenziel Geschlechtergerechtigkeit aufweisen. In 20 Prozent aller BMZ-Projekte muss Geschlechtergerechtigkeit das Hauptziel sein.

Programme zur Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte und die konstruktive Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Regierungen in diesem Bereich werden ausgebaut.

Die Bundesregierung entwickelt eine kohärente, auf die Erreichung von Kinderrechten abzielende Gesamtstrategie, die als Grundlage der deutschen Entwicklungspolitik dient. Dazu gehört auch eine verbindliche Kinderschutz-Policy für die Arbeit des Bundesentwicklungsministeriums und der Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Die Investitionen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in frühkindliche Entwicklung sowie für Kinder und Jugendliche grundlegende soziale Infrastruktur (Gesundheit, Ernährung, Bildung, Schutz vor Gewalt) werden deutlich erhöht.

Deutschland unterstützt seine Partnerländer beim Ausbau der Kapazitäten von Statistikbehörden sowie die UN-Statistikkommission bei der Erarbeitung disaggregierter Daten.



Die Stärkung von Gesundheitssystemen bleibt ein zentrales Arbeitsfeld der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands.

Zur Stärkung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und für die notwendige Beitragserhöhung zur Eindämmung der Corona-Pandemie fördert Deutschland die Einrichtung einer WHO-Kommission, die den Finanzierungsbedarf für die SDG-3-Umsetzung unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft neu berechnet.

Deutschland unterstützt weiterhin internationale Gesundheitsorganisationen wie den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria und die Impfallianz Gavi, die wichtige Beiträge zur Erreichung gesundheitsbezogener SDG sowie der Covid-19-Eindämmung leisten.

Deutschland unterstützt Investitionen in Forschung und Entwicklung und einen gerechten Zugang zu Diagnostika, Impfstoffen und Medikamenten im globalen Süden, etwa durch Änderungen im Patentrecht zwecks schneller Bereitstellung von Generika in Krisensituationen.

Deutschlands globale Gesundheitsstrategie wird um einen Umsetzungsplan ergänzt, der Indikatoren und Meilensteine, einen Überprüfungsmechanismus zur Erfolgsmessung sowie konkrete Vorgaben für ein umfassendes zivilgesellschaftliches Monitoring enthält.

Der „One Health“-Ansatz wird im Sinne einer kohärenten Politikgestaltung ganzheitlich, inklusiv und sektorübergreifend in der Arbeit der Bundesregierung verankert.

Deutschland wirkt der armutsbedingten Mangel- und Unterernährung entgegen und fördert eine gesunde Ernährung in den Partnerländern als Bestandteil einer weltweit nachhaltigen Landwirtschaftspolitik. Diese verzichtet unter anderem auf EU-Subventionen für die europäische Agrar- und Nahrungsmittelindustrie verzichtet und den Ausbau agrarökologischer Ansätze unter besonderer Berücksichtigung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern unterstützt.

3 • GESUNDHEIT UND ERNÄHRUNG WERDEN WELTWEIT GESTÄRKT



4. DIE KLIMAKRISE UND IHRE FOLGEN WERDEN EINGEDÄMMT



Die deutschen Klimaschutzziele müssen am 1,5-Grad-Limit ausgerichtet werden. Das Minderungsziel für 2030 soll auf 70 Prozent angehoben werden, damit die Klimaneutralität bis 2040 erreichbar bleibt. Zudem werden schnellere Umsetzungsschritte für Klimaschutzmaßnahmen und eine sofortige Beendigung von Subventionen für fossile Energien beschlossen.

Deutschland setzt sich dafür ein, dass die Industrienationen ihr Versprechen einhalten, jährlich 100 Milliarden US-Dollar für die Eindämmung und die negativen Folgen des Klimawandels in den am stärksten betroffenen Ländern im globalen Süden aufzubringen. Diese Unterstützung muss in den kommenden Jahren kontinuierlich und deutlich ansteigen.

Mit deutscher Unterstützung werden durch innovative globale Finanzierungsmechanismen, etwa eine Flug- oder Schiffsverkehrsabgabe, zusätzliche Mittel zur Bewältigung von klimawandelbedingten Verlusten und Schäden in ärmeren Ländern mobilisiert und über den bestehenden Mechanismus im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen verwaltet.

Im Bundeshaushalt werden die Mittel für Klimaschutz und -anpassung in ärmeren Ländern bis 2025 auf acht Milliarden Euro jährlich gesteigert. 50 Prozent der gesamten Klimafinanzierung soll für Maßnahmen zur Klimaanpassung eingesetzt werden.

Deutschland entwickelt eine umfassende und langfristige Regierungsstrategie zur fairen und menschenrechtsbasierten Verantwortungübernahme im Bereich klimabedingte Migration.

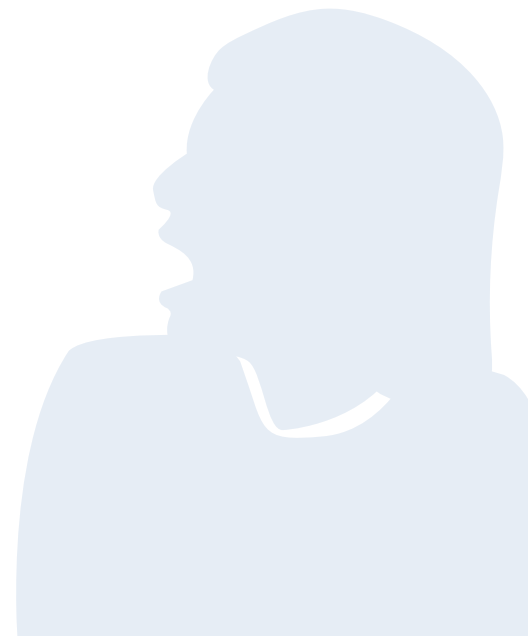
Auf nationaler wie auch EU-Ebene tritt die Bundesregierung für verbindliche menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten von Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ein. Verstöße werden durch Bußgelder sowie den Ausschluss von öffentlichen Aufträgen und Außenwirtschaftsförderung geahndet und die Anwendbarkeit der Sorgfaltspflichten in Zivilverfahren vor den Gerichten der EU-Mitgliedsstaaten sichergestellt.

Deutschland erweitert und stärkt Menschenrechtskriterien und -prüfungen sowie Transparenz und Beschwerdemöglichkeiten in Projekten der Außenwirtschaftsförderung (AWF). Unternehmen werden bei Verstößen gegen die Sorgfaltspflicht vorübergehend von der AWF ausgeschlossen.

Bei Verhandlungen der Bundesregierung über Handelsabkommen werden vor Beginn von Gesprächen Nachhaltigkeitsfolgenabschätzungen als Diskussionsgrundlage für Verhandlungsmandate eingefordert. Der Schutz von Menschenrechten wird in Nachhaltigkeitskapiteln gestärkt, und letztere werden in bilaterale Streitschlichtungs- und Sanktionsmechanismen integriert.

Deutschland verzichtet in künftigen Handels- und Investitionsschutzabkommen auf Investor-Staat-Schiedsgerichte. Die Forderung nach einem Multilateralen Investitionsgerichtshof wird aufgegeben.

5 • WIRTSCHAFT UND HANDEL ORIENTIEREN SICH AM GEMEINWOHL UND AN ÖKOLOGISCHER NACHHALTIGKEIT



6. DIE SOZIAL-
ÖKOLOGISCHE
TRANSFORMATION
ERHÄLT ALLE NÖTIGEN
FINANZIELLEN MITTEL

Deutschland verdoppelt seine Ausgaben für das Ziel „Hunger überwinden“ und setzt sich bei den anderen OECD-Geberländern dafür ein, dass auch deren Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) in gleicher Weise steigen. Zusammen müssen sie bis 2030 mindestens 14 Milliarden US-Dollar jährlich mehr beisteuern, um den Hunger weltweit zu beenden.

Die Bundesregierung setzt das internationale Ziel, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die ODA zu verausgaben, in der gesamten nächsten Legislaturperiode um und stellt sicher, dass die ODA-Ausgaben auch in der mittelfristigen Finanzplanung nicht unter das Niveau von 2021 fallen. Dabei werden für die am wenigsten entwickelten Länder 0,2 Prozent des BNE bereitgestellt und die Investitionen in grundlegende soziale Infrastruktur erhöht. Die geforderte Verdopplung der Klimafinanzierung für ärmere Staaten auf jährlich acht Milliarden Euro erfolgt zusätzlich zum 0,7-Prozent-Ziel.

Die Bundesregierung unterstützt weitreichende Streichungen ausstehender Schuldendienstzahlungen armer Länder an ausländische Gläubiger_innen. Sie befürwortet regionale oder auf bestimmte Länder bezogene Entschuldungsinitiativen sowie ein multilaterales Rahmenwerk für Schuldenrestrukturierungen auf UN-Ebene. Alle diese Regelungen enthalten einen bindenden Mechanismus, über den private Kreditgeber_innen in notwendige Entschuldung verbindlich einbezogen werden.

Um höhere Steuereinnahmen in Ländern des globalen Südens zu fördern, engagiert sich Deutschland fortlaufend und systematisch gegen internationalen Steuerwettbewerb sowie Steuerhinterziehung und -vermeidung. Doppelbesteuerungsabkommen werden um Besteuerungsrechte gegenüber im globalen Süden tätige transnationale Unternehmen erweitert.

Die Bundesregierung unterstützt die rasche Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer. Ein Teil der Erlöse soll für die Klima- und Entwicklungsfinanzierung verwendet werden.



Der Anteil der deutschen ODA-Mittel, die von und mit Nichtregierungsorganisationen umgesetzt werden, steigt auf den Durchschnitt der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) von 15 Prozent.

Förderverfahren für Nichtregierungsorganisationen werden entbürokratisiert, Laufzeiten und Verausgabungsfristen verlängert sowie Verwaltungskostenpauschalen erhöht. Der Eigenanteil wird auf höchstens zehn Prozent (bei humanitären Sofortmaßnahmen auf fünf Prozent) begrenzt.

Globale Partnerschaften, die lebendigen Austausch zwischen dem globalen Süden und Norden fördern, werden von der Bundesregierung nachhaltig gestärkt und finanziert.



Ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz stellt sicher, dass deutsche Waffen und Munition nicht zu schweren Menschenrechtsverletzungen und der Eskalation bewaffneter Konflikte führen.

Die Bundesregierung erstellt einen Umsetzungsplan für ihre Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ für die nächsten vier Jahre. Spezifische Ziele und ein Prüfmechanismus ermöglichen die regelmäßige Kontrolle von Konfliktsensibilität und Wirkung der Maßnahmen.

Orientiert an den Leitlinien wird zivile Krisenprävention finanziell und personell gestärkt, um Deutschlands friedenspolitisches Engagement umzusetzen, unter anderem durch den Ausbau von Strukturen wie dem Zivilen Friedensdienst.

Die Bundesregierung unterstützt die Zivilgesellschaft in Partnerländern finanziell und strukturell, um die gewaltfreie Bearbeitung von Krisen, die eigene Sicherheit und Selbstfürsorge lokaler Partnerorganisationen zu verbessern.

7. FRIEDEN UND KONFLIKT-PRÄVENTION WERDEN GESTÄRKT

8. MENSCHENRECHTE
UND ZIVILGESELL-
SCHAFTLICHE
ORGANISATIONEN
WERDEN GEACHTET UND
GESCHÜTZT



Maßnahmen des Dritten Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung von Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit werden nachhaltig finanziert und realisiert. Besonders berücksichtigt werden dabei Prävention und die Arbeit mit Betroffenen sowie die systematische Strafverfolgung von sexualisierter und geschlechterspezifischer Gewalt.

Die EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen werden konkretisiert und in allen deutschen diplomatischen Vertretungen systematisch und verbindlich umgesetzt. Visaverfahren für gefährdete Aktivist_innen werden erleichtert und Drittländer bei der Erstellung von Gesetzen zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen unterstützt.

Verbindliche Prüfverfahren wie menschenrechtliche Risiko- folgenabschätzungen unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteur_innen stellen sicher, dass außenpolitische Entscheidungen und Maßnahmen Deutschlands die Menschenrechte und die zivilgesellschaftlichen Handlungsräume nicht negativ beeinflussen.

Die Bedeutung und der Schutz einer lebendigen Zivilgesellschaft werden in Regierungskonsultationen und -verhandlungen als wesentliche Diskussionsgrundlagen anerkannt.

Zivilgesellschaftliche Akteur_innen werden durch neue digitale Teilhabeformen aktiv in Diskussionsprozesse multilateraler Organisationen und anderer globaler Austauschforen eingebunden.

Die Bundesregierung dokumentiert und verurteilt nachdrücklich jegliche Übergriffe auf humanitäre Helfer_innen und unterstützt eine konsequente internationale Strafverfolgung solcher Vorfälle.

Die Bundesregierung gewährleistet eine ausgewogene Förderung von lokalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen, Rotem Kreuz und UN-Organisationen als Hilfeleistende. Die Gesamtmittel müssen den weltweit steigenden humanitären Bedarf und die Auswirkungen von Covid-19 widerspiegeln. Sie müssen planbar und flexibel einsetzbar sein. Für den Aufbau der Fähigkeiten lokaler Akteur_innen müssen besondere Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Deutschland fördert die Gründung einer europäischen zivilen Seenotrettung und gewährleistet die Einhaltung humanitärer Standards und der Menschenrechte bei der Betreuung und Versorgung von Geflüchteten.

Auswirkungen deutscher Gesetze und Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung auf die humanitäre Hilfe werden von der Bundesregierung regelmäßig überprüft. Sie setzt sich für humanitäre Ausnahmeregelungen bei Sanktionen auf EU- und UN-Ebene ein, um Hilfe nicht zu behindern.

9. DIE HUMANITÄRE HILFE WIRD AUSGEBAUT



10. DIE ENTWICKLUNGSPOLITISCHE INLANDS- UND BILDUNGSARBEIT WIRD GESTÄRKT

Zivilgesellschaftliche entwicklungspolitische Bildungsarbeit ist eine dauerhafte Aufgabe. Daher müssen neben der Möglichkeit der Projektförderung in der Bildungsarbeit auch (neue) langfristige Fördermöglichkeiten geschaffen werden, die für stabile und verlässliche Strukturen bei Bildungsträger_innen sorgen. Die dafür nötige Steigerung von Fördermitteln entspricht dem vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) empfohlenen ODA-Anteil.

Der Beitrag der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Bereich Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) wird stärker in Wert gesetzt. Zu diesem Zweck fördert die Bundesregierung die Umsetzung des neuen UNESCO-Programms „BNE für 2030“ (ESD for 2030) und hebt Aspekte des Globalen Lernens bei der Fortschreibung des Nationalen Aktionsplans BNE deutlich hervor.

Der Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung wird deutschlandweit konsequent umgesetzt und auf weitere Bildungsbereiche ausgeweitet.

Kolonialismus- und rassismuskritische Bildungsaktivitäten werden von der Bundesregierung als integraler Bestandteil der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit anerkannt.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Stresemannstr. 72
10963 Berlin

Tel: 030/2 63 92 99-10

E-Mail: sekretariat@venro.org

Website: www.venro.org

Redaktion: Anke Kurat, Ian Mengel, Heike Spielmans

Endredaktion: Janna Völker

Für ihre intensive Mitarbeit danken wir
unseren Arbeitsgruppen und Mandatsträger_innen.

Layout: axeptDESIGN, Rupert Maier

Grafiken #weltweitwichtig: Jinit[AG für digitale Kommunikation

Auflage: 1.000 Exemplare

Aktuelle Informationen zu #weltweitwichtig: www.weltweitwichtig.de

Berlin, Mai 2021





VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören aktuell rund 140 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung globaler Ungleichheit und weltweiter Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

→ vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik

→ stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik und der Humanitären Hilfe

→ schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische und humanitäre Themen und für eine nachhaltige Entwicklung

VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen

www.venro.org